

Gabriel erwartet Einigung im Streit um Klimaschutz

Minister weist Kritik der Konzerne zurück

HELMUT HAUSCHILD | BRÜSSEL

KLAUS STRATMANN | BERLIN

Die Bundesregierung hat im Streit mit der EU-Kommission über strengere Klimaschutzvorgaben für die Industrie Kompromissbereitschaft signalisiert. Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) sagte gestern in Brüssel, eine baldige Einigung sei möglich, wenn beide Seiten sich bewegen. Anlass des Streits sind verschärfte Auflagen der EU für den Handel mit Kohlendioxidzertifikaten ab 2008. Die Bundesregierung lehnt die Verschärfung ab, Kanzlerin Angela Merkel hatte sich deswegen Ende vergangener Woche bei Kommissionspräsident José Manuel Barroso beschwert.

Gabriel dagegen betonte gestern, dass die Positionen Berlins und Brüssels bei der Zuteilung der Zertifikate nicht weit auseinander lägen. Die Kommission will den deutschen Kraftwerksbetreibern und energieintensiven Branchen von 2008 bis 2012 jährlich Verschmutzungsrechte in Höhe von 453 Mill. Tonnen CO₂ zubilligen. Berlin fordert Rechte mit einem Volumen von 465 Mill. Tonnen.

Der Umweltminister räumte aber ein, dass die Vorgabe der Kommission sogar milder sei als jene der freiwilligen Selbstverpflichtung der deutschen Industrie, die bei 451 Mill. Tonnen Kohlendioxid liege. Die Industrie müsse ein großes Interesse daran haben, das Ziel ihrer Selbstverpflichtung auch einzuhalten, sagte der Umweltminister. Denn wenn ihr das misslinge, verliere Deutschland das von Brüssel eingeräumte Sonderrecht bei der Ökosteuern. Dieses Privileg erlaubt es der Bundesregierung, entgegen den steuerlichen Grundsätzen der EU bestimmte Branchen von der Ökosteuern auszunehmen.

Industrieverbände, Gewerkschaften und 18 Topmanager hatten die Bundesregierung aufgefordert, im Streit mit Brüssel über den Emissionshandel nicht nachzugeben. Gabriel kritisierte die Forderung als unverständlich. Die Warnung der Energieversorger, die

Auflagen der Kommission beim Emissionshandel würden Kosten von zehn Mrd. Euro verursachen, sei „dummes Zeug“. Tatsächlich lägen die jährlichen Mehrkosten bei 280 Mill. Euro.

In der Koalition wächst die Bereitschaft, der Wirtschaft mehr Möglichkeiten bei der Nutzung von Emissionsgutschriften aus internationalen Klimaschutzprojekten („Clean Development Mechanism“, kurz CDM) einzuräumen. Dadurch könnte mehr Liquidität in den Zertifikatemarkt kommen. **Nach Berechnungen des Bundesverbandes Emissionshandel und Kli-**

maschutz würde die EU der deutschen Wirtschaft zugestehen, insgesamt 129 Mill. Emissionszertifikate pro Jahr durch grenzüberschreitende Projekte zu generieren. Im Allokationsplan hat die Bundesregierung jedoch nur einen Wert von 54 Mill. Zertifikaten beantragt. Es bleibt eine Menge von 75 Mill. Zertifikaten unausgeschöpft. In Koalitionskreisen hieß es, man wolle die Möglichkeit, stärker auf internationale Klimaschutzprojekte zu setzen, nicht ausschließen. Eine Erhöhung des Wertes werde man prüfen. Mit Hilfe des CDM können Firmen Emissionsgutschriften erwerben. Sie müssen dazu durch Projekte in Entwicklungs- und Schwellenländern für Emissionsreduktionen sorgen.